

Including Skilled Refugees into the Labour Market – Understanding the “Paradox” between Labour and Humanitarian Migration

Session of the Research Committee 31 Sociology of Migration
at the 19th ISA World Congress of Sociology, July 15-121, 2018, Toronto.

Session Organizers

Anja Weiß
University of Duisburg-Essen (Germany)
Anja.weiss@uni-due.de

Oliver Schmidtke
University of Victoria (Canada)
ofs@uvic.ca

The challenge of responding to refugees has become a globally pressing moral and political issue: According to UNHCR figures, there are worldwide more than 65 million displaced people. While most refugees stay in the region, increasing numbers reach labor markets in transitioning or core economies. In regulating migration, these countries distinguish between labor and humanitarian migration regimes. While skilled, economic migrants are regularly targeted as ‘assets’ for the economy, refugees are primarily perceived as being in need of assistance and contributing to the unskilled sector of the economy. Regardless of this categorization in regulating migration, policy makers have come to understand that refugees are likely to stay for a long time, which makes long-term social integration and, in particular, labor market inclusion a key component of refugee settlement. In this respect, evaluating the cultural capital of refugees has become of critical significance. Assessing and recognizing the cultural capital of migrants is however difficult, given national and even subnational systems of credential recognition, long cooling out periods and a public perception of refugees as needy rather than able. Against the background of this policy conundrum, this session asks for theoretical and empirical contributions on the labour market inclusion of refugees with a particular emphasis on the recognition of their cultural capital. How can we assess refugees’ skills within the national context of the destination country and in a transnational perspective? What are the main obstacles and opportunities that refugees face in their attempts to enter the – skilled – labour market?

Paper proposals have to be submitted via the ISA website “Confex” <https://isaconf.confex.com/isaconf/wc2018/webprogrampreliminary/Session9810.html> by September 30th, 2017. If your abstract has been selected you will be notified by November 30th, 2017.

Masse statt Klasse?

Entstehungsprozesse, Qualitätsprobleme und Verwendungsmöglichkeiten von prozessgenerierten Daten im digitalen Zeitalter

15.02 & 16.02. 2018

CAU Kiel

Organisation: P. Graeff (CAU Kiel), I. Stamm & N. Baur (TU Berlin)

Auch wenn prozessproduzierte Massendaten (sogenannte „Big Data“) etwa in Form von staatlichen Verwaltungsdaten eine mehr als zweihundertjährige Tradition haben, hat sich deren Verfügbarkeit in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesteigert:

1. Zum einen werden administrative Daten, die als Nebenprodukt von organisationalen und behördlichen Prozessen entstehen (z.B. Registerdaten, Kundendaten), nicht nur seit den 1970er Jahren digital gespeichert und verarbeitet, sondern werden seit Ende der 1990er Jahre etwa über Forschungsdatenzentren und den RatSWD zunehmend für wissenschaftliche Analysen zugänglich gemacht.
2. Zum anderen entstehen als Nebenprodukt der digitalen Kommunikation im Web 2.0 neue Arten von Massendaten (z.B. Websites, Blogs, Social Media), die – anders als frühere prozessproduzierte Daten – von den Nutzern dieser Dienste unbewusst und/oder freiwillig generiert werden, bei denen sich die Geschwindigkeit der Datenproduktion stark erhöht hat und die Rechte an den Daten nicht mehr bei staatlichen Akteuren, sondern bei Firmen liegen oder uneindeutig sind.

Nicht nur die Forschungsdatenzentren, sondern auch historische Datenarchive und eine Vielzahl universitärer Projekte arbeiten daran beide Datensorten, also bisher unerschlossene alte Datensammlungen ebenso wie neue digitale Daten, zunehmend für die Forschung zugänglich zu machen. Damit erweitern sich Möglichkeiten für die Sozialwissenschaften, soziale Phänomene sowohl aus aktueller, als auch historischer Blickrichtung zu analysieren. Das gilt umso mehr, je stärker Datensätze miteinander verknüpft und digitale Massendaten in Kombination miteinander und mit forschungsinduzierten Daten einer Analyse zugänglich gemacht werden können.

Im methodologischen Umgang mit diesen Massendaten zeichnet sich ein erstaunlicher Gegensatz ab:

1. Die empirische Sozialforschung fokussiert sich in ihren Analysen vorwiegend auf die klassischen administrativen Daten, und die Erkenntnis, dass diese Daten sozial konstruiert sind und damit eigene methodologischen Probleme mit sich bringen, die bei der Analyse reflektiert werden müssen. Diese Methodendebatte war bereits ein wesentliches Moment der Gründung der deutschsprachigen Soziologie und der quantitativen empirischen Sozialforschung, die in den 1970ern wiederbelebt wurde. Als Ergebnis dieser Debatte wurde das Konzept der „Datenkunde“ (als alternative zur „Fehlerkunde“ im Survey-Prozess) eingeführt, verbunden mit der Forderung, dass vor der Auswertung eines

Datenbestands analysiert werden muss, wie die Datenproduktion durch organisationale Regeln, Alltagspraktiken der Datenproduzenten sowie Verhalten der Klienten überformt wird, um daraus die spezifischen Verzerrungen der Population bzw. Stichprobe sowie der Fehler in den Daten zu identifizieren. In den letzten zwei Jahrzehnten existiert vor allem im Kontext der Forschungsdatenzentren eine intensive Methodenforschung, die diese spezifische Verzerrungsprozesse und die sich daraus ergebenden methodologischen Probleme erkundet.

2. Die internationale „Computational Social Science“ fokussiert in ihren Analysen vorwiegend auf die im Zuge der digitalen Kommunikation entstandenen neuen Sorten von Massendaten. In der Methodenforschung wendet sich die „Computational Social Science“ zunehmend auf neue Analysetechniken und Algorithmen zur Auswertung von Big Data zu. Auch hier zeichnet sich eine Methodendebatte an, die vornehmlich pragmatische Machbarkeitsprobleme ebenso wie die Strukturierung durch Technik thematisiert.

Diese beiden Forschungsstränge sind bislang kaum verbunden und weisen wechselseitige blinde Flecken auf. Durch einen produktiven Austausch könnten beide Forschungsstränge wechselseitig profitieren: Beispielsweise erscheint eine Debatte über die Potentiale neuer Auswertungstechniken aus den Computational Social Science im Bereich der historischen Massendaten vielversprechend. Andererseits erscheint eine kritische Auseinandersetzung mit der Fehlerhaftigkeit und internen Verzerrung von jenen Daten, die in digitalen Prozessen generiert wurden, notwendig.

Dieser Workshop will einen Beitrag zu einem solchen Austausch leisten und hat das Ziel, die Entstehungsbedingungen analoger und digitaler prozess-generierter Daten zu reflektieren und ihre damit verbundenen Verwendungsschwierigkeiten zu diskutieren. Hierzu gehört auch die Frage, ob und wie das Konzept der „Datenkunde“ erweitert oder aktualisiert werden muss. Damit rücken neben messbezogenen Eigenschaften gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Bedingungen in die Betrachtung, die eine Interpretation von Analyseergebnissen erst sinnvoll machen. Der Workshop will diese methodologischen wie theoriebezogenen Fragen auch mit der Absicht stellen, Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen die Aussagekraft prozessgenerierter Daten in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen gesteigert werden kann.

Wenn Sie an dem Workshop mit einen Vortrag/eine Präsentation teilnehmen wollen, senden Sie uns bitte das Thema bis zum 30.10.2017 zu.

Call for Papers

Abbruch, Umbruch, Aufbruch?

Lebensverläufe junger Menschen und
Ungleichheit in **Ausbildung, Studium und
Beruf** (LUASB)

Gemeinsame Tagung der Sektionen „Bildung und Erziehung“ und
„Jugendsoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie,
der „Forschungsinitiative Berufe und soziale Ungleichheit“
(FiBus) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

25. und 26. April 2018 in Bonn

**DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE**
Sektion Jugendsoziologie

Deutsche Gesellschaft für Soziologie  Sektion
Bildung und Erziehung



Bundesinstitut
für Berufsbildung **BiBB** ▶

- ▶ Forschen
- ▶ Beraten
- ▶ Zukunft gestalten

Thema

Seit Beginn der Bildungsexpansion wurden Bildungsgänge („tracks“) umgestaltet und neu geschaffen, um die Bildungsbeteiligung und Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen. Diese institutionellen Umbauten und Reformen haben individuelle Bildungs- und Lebensverläufe verändert. Wechsel zwischen Bildungsgängen haben zugenommen, Bildungswege werden individuell neu kombiniert, Bildungsbiographien entwickeln sich jenseits (scheinbar) vorgegebener Bildungslaufbahnen. Inwieweit dadurch mehr Bildungsaufstiege realisiert und die Bildungsbeteiligung gesteigert wurde, ist nicht abschließend beantwortet. Auch nicht, was solche Veränderungen für den Einstieg junger Menschen in Arbeit und Beruf bedeuten.

Das Jugendalter ist in den Bereichen Bildung, Berufsvorbereitung und Berufszugang geprägt durch früh einsetzende Anforderungen mit „Ernstcharakter“ und entwickelt sich daher zu einem zwiespältigen Moratorium. Beim schulischen Bildungserwerb bzw. in unterschiedlichen Schullaufbahnen werden strukturelle und institutionelle Ungleichheiten sichtbar, die an späteren Übergängen in berufliche Ausbildung/Studium und Berufstätigkeit langfristige biografische „Wirkungen“ entfalten und Lebensoptionen einschränken bzw. erweitern. Die Bewältigung dieser Übergänge wird gesellschaftlich erwartet und von Jugendlichen gewöhnlich auch angestrebt.

An den Übergängen, aber auch im Bildungsverlauf manifestieren sich in bestimmten Segmenten Schwierigkeiten, die auf Seiten des Einzelnen zu Umorientierungen führen, gesellschaftlich als Probleme identifiziert werden und Regulierungsversuche bzw. kompensatorische Lernangebote nach sich ziehen können – beispielsweise im Übergangsbereich, bei Angeboten für Nicht-Formalqualifizierte, bei Studienfachwechseln oder -abbrüchen. In den entsprechenden Maßnahmen und Angeboten fehlt es häufig an Aufmerksamkeit für die (bildungs- und erwerbs-)biografischen Erfahrungen, die die Teilnehmenden mitbringen, an passenden Angeboten und geeigneten Anschlussmöglichkeiten, so dass ihr Erfolg in Frage zu stellen ist. Im Hinblick auf solche Regulierungsversuche ist immer auch zu fragen, wie sich institutionelle (Nicht-)Gestaltungsprozesse auf individuelle Lebensverläufe auswirken.

Die Lebensverläufe junger Menschen sind heute häufig von Diskontinuitäten - Abbrüchen, Umbrüchen und Aufbrüchen - gekennzeichnet. Kritisch zu hinterfragen ist dabei, wie sogenannte „nicht-lineare“ Bildungsbiographien institutionell und gesellschaftlich eingeordnet werden. Sind damit Chancen und Optionen für den Einzelnen verbunden? Einzubeziehen sind hier auch die Deutungen dieser (gegebenenfalls als kritisch empfundenen) Lebensereignisse durch die Jugendlichen selbst.

Selbstbestimmung und Selbstpositionierung sind zentrale Entwicklungsaufgaben im Jugendalter. Die Dynamiken umfassen Prozesse des zeitlichen, räumlichen aber auch emotionalen und ökonomischen Selbstständig-Werdens in einer Vielzahl von Lebensbereichen. Abbruch, Umbruch und Aufbruch sind nicht ausschließlich auf individueller Ebene von Belang, sie haben außerdem gesellschaftliche Bedeutung. Aus dieser Sicht geht es etwa um Fragen der De-Standardisierung der Jugendphase sowie um die mögliche Beschleunigung oder Entschleunigung bzw. um die damit einhergehende Verdichtung oder Verlängerung der Jugendzeit.

Die soziologische Forschung hat eine Reihe von „Gelingensbedingungen“ für individuelle Bildungs- und Erwerbsverläufe herausgearbeitet. Herkunftsbedingte Ressourcen und das soziale Umfeld erweisen sich immer wieder – u. a. vermittelt durch schicht- und milieuspezifisch unterschiedliche Bildungsentscheidungen und Berufswahlen – als ausschlaggebend für den weiteren Lebensverlauf. Darüber hinaus sind Erfolgchancen für stabile Übergangs- und Einmündungsprozesse nicht zuletzt

abhängig von den (regional) unterschiedlichen Strukturen an Bildungsangeboten sowie von unterschiedlich günstigen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ausbildungsinstitutionen bzw. Betrieben und Berufen. Beruflich-betriebliche Kontexte – etwa vermittelt über Ausbildungsaktivitäten oder gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen – können Bildungs- und Erwerbsverläufe wirkungsvoll stabilisieren. Gleichzeitig sind Übergangsinstitutionen und -prozesse im Zusammenhang eines sich wandelnden Arbeitsmarktes zu betrachten (Flexibilisierung, Tertiarisierung, Digitalisierung), dessen rechtliche und konjunkturelle Rahmenbedingungen mit einem Verlust der (Erwartungs-)Sicherheit von Arbeitnehmer/innen einhergehen. In diesem Zusammenhang kommt Fragen nach der Veränderung der Berufsstruktur (auch im internationalen Vergleich), nach der Dynamik und „Zukunftssicherheit“ von Berufen sowie nach berufsspezifischen Ausbildungsverläufen und Erwerbskarrieren und damit verknüpften sozialen Ungleichheiten Bedeutung zu.

Jenseits der Analysen formaler Bildungswege und Zertifikate ist die soziologische Forschung auch an Fragen zum individuellen Wissens- und Kompetenzerwerb interessiert. Desiderata ergeben sich beim Erwerb von (beruflichen) Kompetenzen in beruflichen und akademischen Bildungsgängen verstärkt aber auch in außerinstitutionell und nicht pädagogisch gerahmten Lernprozessen, die trotz ihres non-formalen bzw. informellen Charakters „formale“ Bildungsprozesse begünstigen oder erst ermöglichen können. Zugleich ist die Bedeutung von sozialen Kompetenzen oder Selbstkompetenzen für Bildungs- und Berufserfolg zunehmend Gegenstand der Forschung.

An diese Themenskizze schließt die Tagung „Abbruch, Umbruch, Aufbruch“ an. Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum:

- Welche beruflichen Wünsche haben junge Menschen heute und wie sieht das aktuelle „Lagebild“ der Jugend an der ersten und zweiten Schwelle der Einmündung in Ausbildung, Studium und Erwerbsphase aus?
- Welche Erkenntnisse liegen zu den Prozessstrukturen und Verlaufsmustern von Bildungs- und Berufswegen vor? Inwiefern sind nicht-lineare, diskontinuierliche bzw. risikoreiche Verläufe und Biographien Ausdruck von spezifischen Bildungsorientierungen oder Berufswahlen, aber auch von unterschiedlich verteilten sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen bzw. institutionellen Opportunitäten, von Geschlecht, Ethnizität etc.? Inwieweit kommt es zu Pfadabhängigkeiten und kumulierten Benachteiligungen über den Lebensverlauf? Welcher spezifische Bedarf stellt sich dabei im Hinblick auf Daten mit Längsschnittqualität?
- In welchen Segmenten des Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktes sind die Stabilität und der Erfolg von Bildungsprozessen sowie die Einmündung in Berufstätigkeit größer, in welchen kleiner? Lassen sich berufs- oder betriebsspezifische Muster identifizieren? Welche Kontextmerkmale beeinflussen direkt und indirekt Bildungs- und Berufswege mit? Wo zeigen sich Prozesse sozialer Schließung oder Marktbeschränkungen? Was steckt hinter Prekarität und Exklusion angesichts erschwerter oder versperrter Zugänge zum Studium, zum Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt?
- Wie stellen sich (Aus-)Bildungswege und Übergangspfade von Jugendlichen im historischen und internationalen Vergleich dar? Wie wirken sich Durchlässigkeit im Bildungssystem, der Trend zu höheren Bildungszertifikaten sowie eine zunehmende Akademisierung bzw. Scholarisierung im Jugendalter auf Bildungsaspirationen, Teilhabechancen und -risiken von (welchen) Jugendlichen aus? Welche Rolle spielen der Wandel der Berufsstruktur und Veränderungen in der „Zukunftssicherheit“ von Berufen für individuelle Bildungsverläufe und -muster? Werden Bildungs- und Erwerbsverläufe immer weniger berufsspezifisch und was bedeutet dies für soziale Ungleichheit?

- Wie werden Abbrüche, Umbrüche und Aufbrüche von jungen Menschen subjektiv gedeutet? Wie sind diese Deutungen auch von nicht-berufsbezogenen Erfahrungen und Ablösungsprozessen in den Bereichen von Peer- und Intimbeziehungen, Freizeit, Jugendkultur, Wohnen etc. geprägt? Wie wirken sich Abbrüche, Umbrüche und Aufbrüche im Bildungsbereich auf den weiteren Lebensverlauf und die weitere Bildungs- und Erwerbsbiographie aus, und wie auf die genannten Bereiche von Verselbstständigung und darauf bezogene biographische Selbstdeutungen? Aus methodischer Sicht: Wie lassen sich Bildungs- und Lebensverläufe im Jugendalter untersuchen und wie lassen sie sich (retrospektiv) deuten?
- Welche der auftretenden Probleme werden durch institutionelle Angebote abgefedert, welche hingegen nicht ausreichend wahrgenommen und folglich auch (noch) nicht durch Unterstützungsangebote oder institutionelle Reformen – aufgegriffen? Was können – für welche Zielgruppen – wirkungsvolle Maßnahmen zur Stabilisierung von Bildungs- und Erwerbsverläufen sein? Wie können Umorientierungen mitgetragen, Abbrüche abgefedert und produktiv für einen Neubeginn bzw. Aufbruch gewendet werden? Inwiefern wird dabei eine nachholende Integration ermöglicht? Sind die hierdurch eröffneten Möglichkeiten selbst wiederum sozial selektiv? Können sie Bildungsungleichheit abbauen oder sogar verstärken? Inwieweit haben Maßnahmen (auch) die Funktion, grundlegende institutionelle Reformen im Bildungsbereich und Erwerbssystem zu vermeiden? Welche Wirkungen haben Reformansätze – im Hinblick auf intendierte und nichtintendierte Folgen?
- Welche Ambivalenzen sind mit dem Verbleib oder Beharren bzw. mit Abbruch, Umbruch und Aufbruch in den unterschiedlichen Lebensbereichen junger Menschen für ihre Lebensverläufe-, Bildungs-, und Erwerbsbiographien verbunden?
- In welchem Zusammenhang stehen nicht-lineare Bildungsverläufe mit individueller Kompetenzentwicklung jenseits des Erwerbs institutionalisierten Kulturkapitals? In welchem Umfang beeinflussen unterschiedliche Kompetenzen die Bildungs- und Erwerbskarriere? Welche Angebote existieren zur Anerkennung und Zertifizierung non-formaler und informell erworbener Kompetenzen? Welche Relevanz und Funktion haben Mehrfach(aus)bildungen aus individueller, gesellschaftlicher, institutioneller wie ökonomischer Sicht? Welches sind die Folgen der weiteren Ausdifferenzierung der Bildungslandschaft sowie der zu beobachtenden Tendenzen einer Akademisierung beruflicher Bildung bzw. einer Verberuflichung akademischer Bildung für die Kompetenzentwicklung?

Einreichung und Termine

Paper- und Postersessions

Wir wünschen uns quantitativ oder/und qualitativ empirisch fundierte Beiträge zu den skizzierten oder zu verwandten Themenstellungen. Die Einreichungen können sich im Rahmen der skizzierten Themenbereiche auch auf international vergleichende Analysen beziehen.

Einreichungsschluss für Vortragsangebote und Beiträge zur Postersession ist der 15.11.2017.

Bitte reichen Sie ein Vortragsangebot von max. 3 Seiten (6.000 – max. 9.000 Zeichen) oder/und ein Posterangebot von max. 2 Seiten (6.000 Zeichen) unter LUASB@bibb.de ein.

Das Vortragsangebot sollte eine klare Forschungsfrage und Zielsetzung, Angaben zum theoretischen Hintergrund und forschungsleitenden Annahmen bzw. Hypothesen, Informationen zu empirischen (Daten) und methodischem Vorgehen und die zentralen (oder erwarteten) Befunde enthalten. Bitte fügen Sie zudem bis zu fünf Schlagwörter bei und machen Sie kenntlich, ob Sie die Arbeit als

klassischen Vortrag im Rahmen einer Papersession oder (auch) in einer Postersession vorstellen würden. Vortragsangebote können in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein, wobei die Sprache des Exposés auch die Sprache des Vortrags ist. Das Vortragsangebot selbst darf keine Angaben zur Autorenschaft enthalten.

Sie werden über die Entscheidung zur Annahme der Beiträge bis zum 20.12.2017 informiert. Alle Vortragenden werden gebeten, sich bis zum 31.01.2018 für die Konferenz zu registrieren.

Für die Postersession können neben Forschungsarbeiten zu o. g. Themen auch Poster zur Vorstellung von Datengrundlagen und datengenerierenden Projekten präsentiert werden. Die Präsentation der Poster erfolgt in einer Open-Floor-Sitzung, in der Gelegenheit besteht, das Poster kurz vorzustellen.

Round-Table

Die Konferenz bietet eine Round-Table-Session an. Teilnehmende können in einem 5-minütigen Impulsstatement Ideen, Fragen bzw. Probleme skizzieren, die bei der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragestellungen im Kontext des Tagungsthemas aufgetreten sind. Im Anschluss daran werden die Themen der Impulsvorträge gemeinsam mit anderen Teilnehmenden diskutiert, um z. B. mögliche Lösungsstrategien zu entwickeln oder Interessierte für die Entwicklung gemeinsamer Projekte zu finden.

Einreichungsschluss für Angebote zur Round-Table-Diskussion ist der 31.12.2017.

Bitte reichen Sie hierzu ein entsprechendes Angebot von max. 2 Seiten ein, das das Thema für die Round-Table-Session aussagekräftig skizziert.

Das wissenschaftliche Komitee freut sich auf Ihren Beitrag!

Irene Kriesi (Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung, Keynote)

Christian Imdorf (Universität Basel, Keynote)

Andreas Walther (Universität Frankfurt, Keynote [angefragt])

Mona Granato (BIBB/Sektion Bildung und Erziehung)

Elisabeth M. Krekel (BIBB)

Helmut Bremer (Universität Duisburg-Essen/Sektion Bildung und Erziehung)

Marcel Eulenbach (Universität Gießen/Sektion Jugendsoziologie)

Wolfgang Kühnel (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin/Sektion Jugendsoziologie)

Christian Ebner (Universität zu Köln/BIBB/FiBus)

Daniela Rohrbach-Schmidt (BIBB/FiBus)

Die Konferenzgebühr beträgt 35 Euro. Doktoranden, die ein Vortragsangebot einreichen, können sich für eine finanzielle Unterstützung bei Reise- und Konferenzkosten bewerben. Bitte machen Sie bei der Einreichung eines Beitragsangebots kenntlich, ob Sie daran ein Interesse haben.

Kontakt: Tanja Kienitz-Adam (BIBB), Tel.: 0228-107-1123 bzw. LUASB@bibb.de. Weitere Informationen werden auf der Tagungshomepage www.bibb.de/LUASB eingestellt.

Jahrestagung 2018 der Sektion Sozialpolitik der DGS am 26./ 27. April in Köln

Call for Papers

"Hart aber fair?" Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat

Organisation: Ursula Dallinger, Universität Trier

Steigende Ungleichheit bestimmte in den letzten Jahren öffentliche und wissenschaftliche Diskurse. Der Sozialstaat ist eine der Institutionen, die den ungleichen Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Einkommen, aber auch zu gesundheitlichen oder sozialen Dienstleistungen ausgleichen soll. Die *"Ehe zwischen globalisiertem Kapitalismus und Sozialstaat"* (Leibfried 2013) entschärft Diskrepanzen in der Verteilung der Markteinkommen, vermittelt Transfer-einkommen jenseits von Arbeitsmarktzugang und dekommodifiziert die Verfügbarkeit etwa gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung. Der *Wohlfahrtskapitalismus* soll für soziale Sicherheit und Egalität sorgen. Die Frage ist, wie weit er dem nachkommt. Kritiker attestieren dem deutschen Sozialversicherungsstaat gravierende blinde Flecken, obwohl er – wie der internationale Vergleich attestiert - Ungleichheiten durchaus reduziert.

Daher fragt die Tagung: Was leistet Sozialpolitik in Bezug auf die ungleiche Ressourcenverteilung? Wie hat sich seine Leistungsfähigkeit diesbezüglich verändert?

Zudem soll die Tagung die Rahmenbedingungen betrachten, auf die sozialstaatliche Ungleichheitskorrekturen angewiesen sind. Bereits die Perzeption und Bewertung von Ungleichheit ist komplex. Was "zu groß" ist, welche sozialen Defizite "ungerecht" sind, ist oft strittig. Auch wird bezweifelt, dass soziale Programme dort ansetzen, wo es dringlich ist, da bestimmte Gruppen mehr Chancen haben, gehört zu werden. Regierungen sollten – so die demokratietheoretische Annahme – auf Forderungen der Bürger reagieren um entsprechende Programme zur Begrenzung sozialer Disparitäten durchzusetzen, schon um ihre Abwahl zu vermeiden. Faktisch sind Regierungen aber nur begrenzt responsiv.

Daraus ergeben sich folgende Themenfelder, die die Vortragsangebote diskutieren sollen:

- **Wirkungsweisen und Folgen sozialpolitischer Programme:** Wie gut reduziert der Sozialstaat diverse Ungleichheiten? Neben Transferleistungen und deren Folgen für Einkommensungleichheit und Armut ist ebenso der Zugang zu familienpolitischen Leistungen, Gesundheitsdiensten oder Wohnen relevant. Die verteilungspolitischen Folgen von Reformen der Arbeitsmarkt-, Alterssicherungs- oder auch der Familien- und Steuerpolitik wären zu beleuchten. Neben vertikalen sind auch horizontale Ungleichheiten nach Geschlecht oder Staatsbürgerschaftsstatus zu thematisieren.
- **Perzeptionen und Präferenzen:** Wie wird Ungleichheit wahrgenommen und bewertet? Was gilt in diversen sozialen Gruppen als ungerechte, "zu große" Ungleichheit? Welche politischen Konsequenzen ziehen Bürger aus ihren Wahrnehmungen? Ergeben sich Ungerechtigkeits-Perzeptionen aus der informierten Betrachtung der Fakten oder wie sonst? Wie beeinflussen Medien die Perzeption von Ungleichheiten und sozialen Programmen?
- **Responsivität und Wohlfahrtsdemokratie:** Welche Wählerforderungen bzw. "sozialen Probleme" werden von der Politik gehört und in sozialpolitische Programme transformiert? Wo bestehen spezifische Selektivitäten und wie erklären sie sich?
- **Neue Herausforderungen:** Welcher Spielraum bleibt für egalisierende Sozialpolitik nach der Wende zu *Aktivierung* und *Privatisierung* und unter dem Druck der Konvergenzkriterien der EU? Die Dualisierung der Arbeitsverhältnisse und digitalisierte Arbeit stellen neue Herausforderungen dar. Bietet angesichts dessen der Sozialstaat noch Lösungen oder wäre umzusteuern auf "*prädistributive*" Politik?

Zur Analyse dieser Ebenen tragen neben der Soziologie auch die Politik- und Wirtschaftswissenschaften bei. Daher sind interdisziplinäre Beiträge sehr willkommen. Insgesamt sind Beiträge erwünscht, die jeweils eine der angesprochenen Ebenen empirisch, theoretisch oder in Hinblick auf Methodenprobleme beleuchten und einzelne Länder einbeziehen oder vergleichend angelegt sind. Englischsprachige Präsentationen sind möglich. Die Veröffentlichung der Beiträge ist geplant.

Vortragsangebote (abstracts max. 500 Wörter) bitte **bis 24.11.2017** an die Organisatorin Ursula Dallinger (Universität Trier), dallinger@uni-trier.de

Call for Papers

für den ersten Kongress der Akademie für Soziologie:

Wachsende Ungleichheit – gespaltene Gesellschaft? Aktuelle Beiträge der empirisch-analytischen Soziologie

4. bis 6. April 2018 in München

In Wissenschaft und Öffentlichkeit wird seit einigen Jahren eine deutliche Zunahme der sozialen Ungleichheit in Deutschland konstatiert. Die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer, es gäbe kaum Chancengleichheit und die Mittelschicht schrumpfe. Es herrsche ein Verteilungskampf zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen. Eingebettet sind solche Szenarien oft in apokalyptisch anmutende Gesellschaftsdiagnosen. So stehen etwa aktuell die „Abstiegs-“, „Externalisierungs-“ und „Postwachstums-“ Gesellschaft zur Diskussion.

Es ist unstrittig, dass es in den letzten Dekaden einen Anstieg der (Einkommens-) Ungleichheit in Deutschland gab. Jedoch sind, anders als die oben genannten Ausführungen vermuten lassen, weder das genaue Ausmaß noch die Ursachen der (zunehmenden) sozialen Ungleichheit hinlänglich bekannt. Denn viele der in der Ungleichheitsdebatte verhandelten Diagnosen und Interpretationen beruhen weder auf strikten Analysen noch auf soliden Daten. Wir sehen die Aufgabe und das Potential der empirisch-analytischen Soziologie darin, auf Basis analytisch starker und empirisch fundierter Analysen zu einer Versachlichung der Ungleichheitsdebatte beizutragen. Eine solche Versachlichung erscheint dringend notwendig, um Ungleichheitsursachen differenziert herauszuarbeiten und damit auch wirksame Lösungsansätze möglich zu machen.

Mit dem ersten Kongress der Akademie für Soziologie wollen wir in diesem Sinne zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. Wir laden dazu empirisch-analytische Beiträge zur Ungleichheitsforschung ein. Neben den meist beforschten Dimensionen sozialer Ungleichheit – Einkommen, Bildung, Vermögen – interessieren dabei auch oft vernachlässigte Ungleichheitsdimensionen wie z.B. Umweltbelastungen, Gesundheit, Lebenserwartung und Wohlbefinden. Mögliche Fragestellungen sind:

1. **Beschreibung von Ungleichheit:** Wie groß ist die soziale Ungleichheit? Welche Trends sind zu beobachten? Welche Gruppen sind besonders (von Veränderungen) betroffen? Hat sich die soziale Mobilität verringert? Wenn ja, in welchem Ausmaß?

2. **Messung von Ungleichheit:** Sind gängige Methoden, Indizes und Daten dazu geeignet, das Ausmaß und den Wandel sozialer Ungleichheit valide festzustellen? Werden die Ergebnisse richtig interpretiert? Welches Potential bieten „big data“ für die soziologische Ungleichheitsforschung?
3. **Erklärung von Ungleichheit:** Durch welche Mechanismen kommen die beobachteten Ungleichheiten zustande? Weshalb kam es zu einem Anstieg der Ungleichheit? Wie sind beispielsweise Ungleichheiten im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt verknüpft? Kommt es zu einer (vermehrten) Kumulation von Ungleichheiten?
4. **Legitimation von Ungleichheit:** Nach welchen (Gerechtigkeits-)Prinzipien wird Ungleichheit legitimiert? Welche Empfehlungen an die Politik im Sinne von *policy recommendations* leiten sich aus den Diagnosen ab, um etwa das Ausmaß an Ungleichheit zu reduzieren? Welche Nebenfolgen oder Rückkoppelungseffekte sind aus theoretischer wie empirischer Sicht zu erwarten?

Neben inhaltlichen und methodischen Forschungsarbeiten begrüßen wir allgemeine, konzeptionelle Beiträge zur empirisch-analytischen Ungleichheitsforschung. Es sind Einreichungen auf Deutsch und Englisch willkommen.

Angebote für Vorträge sind in Form eines Arbeitspapiers (10 bis maximal 15 Seiten, noch nicht publiziert) einzureichen. Für Posterbeiträge genügt ein einseitiger Abstract. Auch Nicht-Mitglieder der Akademie können Beiträge einreichen.

Frist für Einreichungen: 31. Dezember 2017.

Einreichungen an: konferenz@akademie-soziologie.de

Eine Benachrichtigung über angenommene Vorträge erfolgt bis 31. Januar 2018.

Veranstaltungsort:

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, Südliches Schloßrondel 23, 80638 München.

Beginn am Mittwoch, 4. April, 14.00 Uhr. Ende am Freitag, 6. April, gegen 14.00 Uhr.

Anschließend von 14.00 bis 16.00 Uhr Mitgliederversammlung der Akademie für Soziologie.

Lokale Organisation:

Katrin Auspurg und Josef Brüderl, Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU).



Call for papers

Frühjahrstagung der Sektion Wirtschaftssoziologie
am 1./2.6.2018 an der Universität Graz

Ökonomischer Nationalismus?

„Nation“ und „Nationalismus“ in der soziologischen Analyse wirtschaftlicher Ordnungen

Mit den Begriffen Globalisierung und Transnationalisierung werden seit den 1990er Jahren in den Sozialwissenschaften soziale Prozesse einer sukzessiven Öffnung nationaler Containergesellschaften beschrieben. Besonders anschaulich kann eine solche Entwicklung am Beispiel des europäischen Integrationsprozesses, globaler Migrationsbewegungen, der internationalen Arbeitsteilung sowie der weltweiten Warenmärkte und Kapitalströme aufgezeigt werden. Im Schatten dieser Entwicklungen ist seit jüngerer Zeit ein Erstarken von normativen Rechtfertigungen zu beobachten, die in Konkurrenz zu kosmopolitischen und postnationalen Deutungsangeboten danach streben, „das Nationale“ als Leitunterscheidung sozialer Ordnungen wieder aufzuwerten. Derartige Leitunterscheidungen zielen darauf ab, neue segmentäre Schließungen oder Abschottungen gleich welcher Art entlang der Differenz Inländer/Ausländer zu legitimieren. Solche Schließungsprozesse betreffen die politisch-institutionelle und wohlfahrtsstaatliche ebenso wie die wirtschaftliche Ordnung. Sie stehen in einem latenten oder offenen Spannungsverhältnis zu den transnationalen Öffnungen nationaler Containergesellschaften der letzten vier Jahrzehnte.

In der neueren Wirtschaftssoziologie sind „Nation“ und „Nationalismus“ als Einflussfaktoren bei der Analyse von Wirtschafts- und Marktordnungen bislang weithin unbeobachtet geblieben. Auf der Frühjahrstagung der Sektion Wirtschaftssoziologie möchten wir diese Nichtbeachtung zum Anlass nehmen, um die Frage aufzuwerfen, welche Bedeutung die Kategorien „Nation“ und „Nationalismus“ für die soziologische Analyse der sozialen Konstitution und des Wandels von Märkten und Wirtschaftsordnungen haben. Stehen wir am Anfang einer neuen postliberalen Ära,

die die vorherrschenden „neoliberalen“ Ordnungsvorstellungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aufweichen oder sogar unterminieren? Handelt es sich hierbei um eine Renaissance des alten, klassischen Protektionismus? Oder ist die Idee des Freihandels und der offenen Märkte immer schon in nationale Narrative und Ordnungskonzepte „eingebettet“ gewesen? Werden nicht in jeder staatlichen Ordnung, und zwar ganz gleich, ob diese etatistisch-autoritär oder demokratisch-pluralistisch verfasst ist, wirtschaftspolitische Instrumente ergriffen, um „nationalen“ Unternehmen Vorteile im internationalen Wettbewerb zu verschaffen? Was ist „neu“ am „neuen“ „liberal economic nationalism“ (Helleiner 2002) bzw. „economic patriotism“ (Clift/Woll 2012)? Ist der neue liberale Wirtschaftsnationalismus gar ein alter, der auf protektionistische Steuerungsinstrumente (nichttarifäre Handelshemmnisse wie Importquoten, Einfuhrzölle, Exportsubventionen und Steuererleichterungen für inländische Unternehmen) zurückgreift? Welche Kontinuitäten und Brüche können zwischen älteren und neueren Formen von Wirtschaftsnationalismus beobachtet werden? Bietet die neuere Wirtschaftssoziologie plausible Erklärungsangebote an, um Wirtschaftsnationalismen theoretisch besser einordnen und empirisch genauer beschreiben zu können? Zugleich stellt sich die Frage, welche Folgen solche Entwicklungen für die wirtschaftsliberale Öffnung vormals national segmentierter Wirtschaftscontainer haben? Stehen transnationale Wirtschaftsbeziehungen, wie etwa der Ausbau des europäischen Binnenmarktes oder die Etablierung von Freihandelsabkommen wie NAFTA, AFTA bzw. CETA, und die Wiederkehr nationaler bzw. nationalistischer Ordnungskonzepte in einem sich gegenseitig aufschaukelndem Verhältnis? Grundsätzlicher: Verweist die eigentümliche Gemengelage aus Transnationalisierung, Postnationalismus und Renationalismus auf eine tiefergehende Rekonfiguration der ökonomischen, institutionellen und sozialen Ordnung kapitalistischer Gesellschaften?

Auch wäre genauer zu klären, wie wirtschaftsliberale Forderungen in nationalen Gesellschaften begründet werden? Welche Bedeutung spielen „nationale“ Geltungsgründe bei der Öffnung bzw. Schließung von Märkten nach außen? Werden protektionistische Maßnahmen und die Aussetzung bzw. Neuverhandlung von Freihandelsabkommen angedroht, um Marktprinzipien international zu verbreiten? Welchen Stellenwert haben nationale bzw. nationalistische Rechtfertigungen („nationales Gemeinwohl“, „nationales Interesse“, nationale Wirtschaftskultur“) für wirtschaftsliberale Diskurse der Öffnung und Schließung von Märkten? Geht es dem neuen ökonomischen Nationalismus („America first“ etc.) tatsächlich um eine segmentäre Schließung von Märkten im nationalen Container? Oder wäre es angemessener, von einer Transformation des Neoliberalismus zu sprechen? Auffallend ist jedenfalls, dass die Deregulierung und Öffnung von Märkten immer wieder auch mit Bezug auf die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit „nationaler Champions“ begründet wird.

Von besonderem wirtschaftssoziologischen Interesse ist schließlich auch die Frage nach den Pionieren, Trägergruppen und Zyklen wirtschaftsnationaler Narrative? Welche Rolle spielen unterschiedliche Elitenfraktionen in Wirtschaft und Politik, Kultur und Wissenschaft bei der Diffusion „nationalökonomischer“ Narrative? Handelt es sich

hierbei um Deutungs- und Glaubensgemeinschaften mit einer ausgeprägten nationalen, vielleicht auch kulturell oder ethnisch eingefärbten „Virtuosenmoral“ (Weber)? Zeigen sich hier eher pragmatisch motivierte Rechtfertigungen und Schließungsstrategien von politischen bzw. ökonomischen Akteuren, die den Unterschied zwischen „Wir“ und „den Anderen“ zu mobilisieren versuchen, um (politisches) Machtprestige zu mobilisieren, Marktanteile und Markterfolge „nationaler“ Unternehmen abzusichern, die Erwerbs- und Einkommenschancen für Inländer zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der „nationalen“ Wirtschaftsordnung vor internationaler Konkurrenz zu schützen oder das von außen bedrohte Wohlfahrts- und Institutionenregime zu erhalten? Inwiefern werden wirtschaftsnationale Narrative auch „von unten“ stimuliert bzw. eingefordert, also etwa von sozioökonomischen Modernisierungsverlierern, die sich gegen den selbsterklärten Postnationalismus und Kosmopolitismus zahlreicher Wirtschaftseliten und Globalisierungsgewinner wenden?

Im Rahmen der Frühjahrstagung wollen wir diese und weitere Fragen nach der Bedeutung von „Nation“ und „Nationalismus“ für die wirtschaftssoziologische Analyse der sozialen Konstitution, Institutionalisierung und Transformation von Märkten und Wirtschaftsordnungen aufwerfen. Hierbei sind gleichermaßen theoretisch-konzeptionelle wie empirisch-analytisch ausgerichtete Vortragsangebote (1 Seite) herzlich willkommen. Bitte senden Sie uns diese bis zum **31.12.2017** an Frau Sabine List: sab.list@uni-graz.at

Die Frühjahrstagung der DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie wird am 1./2. Juni 2018 am Institut für Soziologie der Universität Graz stattfinden.

Klaus Kraemer (Sprecher), Lisa Knoll, Nina Baur, Sascha Münnich

Children and Adolescents in Times of Crises

Editors: Marc Grimm, Baris Ertugrul and Ullrich Bauer

Background and framing

The concept of crises is currently in vogue. There is a broad discussion about the impact of crisis that is often associated with effects of social disintegration but the concept of crisis is even broader. Various social areas such as ecology, economics, and migration are considered as being crisis-ridden. There is also a gender crisis. And the EU, which suffers from a lack of political trust, finds itself in a state of crisis like never before. As such, *crisis* obviously describes strongly divergent phenomena, from the collapse of the gross domestic product to the loss of political trust.

Crisis has become something like a diagnosis of an era, in which development differences and empirical differences are overlooked – despite or precisely because the crisis diagnosis has become an instrument for political purposes. A close examination of the different approaches to crisis research draws the conclusion that a differentiated perspective is rarely taken; most research treats *crisis* as a given fact without further theoretical explanation.

In fact, there is still very little data available that makes a concrete analysis of the consequences of crises-induced changes on the living conditions of children and adolescents possible, nor on their well-being, future expectations, health or educational opportunities. Empirical data indicates that increased suicidality or the reduced use of the medical care system by families from vulnerable populations is the result. For example, in a systemic review paper (Rajmil et al 2014), data provided by the International Network for Research in Child Health (INRICH) on the impact of crisis indicate that childhood mortality rates increase during crises, as does the percent of unhealthy lifestyles and family child abuse. It is striking that the living conditions and life chances of vulnerable and resource-poor population groups are disproportionately impacted by crises in a negative way. Also, on the basis of a systematic literature review, Karanikolos et al. (2016) elaborate that the social costs of economic scarcity have a direct impact on health status and on health care, even in high-income OECD countries. This especially applies to the increasing rate of mental illness, access to health care or the consumption of legal and illicit drugs.

Crises and upheavals are to be viewed as a complex phenomenon. The diagnosis of a general *crisis* appears to be of little analytical value. Rather, it is necessary to carefully analyze what is considered a crisis and the impact of crisis, with a focus on the interrelation of crisis and the living conditions of affected populations. This will lead to the possible identification of complex

and paradoxical developments at the macro level. These include the analysis of the increased rate of materially deprived children and young people in Europe, while in Germany (as well as in Austria and Switzerland, and to some extent in Portugal and other countries in southwestern Europe) youth poverty declined between 2008 and 2012.

Cohort studies and life history studies show a similar need for differentiation. Glen Elder, one of the pioneers of social psychology research on the impact of crises on individual biographies, measures the effects of deprivation experiences against the background of previous experience and individual dispositions. Elder (1974) demonstrates in a reconstructive cohort study that the influence and perception of crises (here the Great Depression of 1929 ff. in the USA) depends on the age and the living conditions of those affected. The French sociologist Pierre Bourdieu is as much a pioneer of crisis and transformation research as Elder is. He developed a similar perspective from the 1960s onwards by looking at societies that undergo transition (Algeria of the 1950s). Here, for the first time, Bourdieu observed the interrelation between social structures and habitus, which characterizes his later work. In the confrontation between traditional and capitalist living conditions, Bourdieu analyzed how different habitus and dispositions respond to changing demands of life management. This perspective on the transformation of social structures and the inertia of the habitus is a ground-breaking example of Bourdieu's social theory. At the same time, it is a pillar for the analysis of humans coping under conditions of social transformation. In fact, there are few theoretical framings which deal with this complexity (e.g. do anemia and anomie diagnoses usually concentrate only on negative effects of social changes?).

In summary, today's research is heterogeneous, empirically oriented, undertheorized and demonstrates many inconsistencies. In light of this, the *Children and Adolescents in Times of Crises* anthology would like to attempt to structure the debate and offer perspectives and orientation in the many fields of society where diverse crises have had a devastating impact on people's well-being. This requires a specific approach: Social research with a clear standpoint that reaches beyond the regular audience of scientific articles and which is founded on the conviction that knowledge of mechanisms which produce material and symbolic domination may lead to a realistic program for collective action. Therefore, there is a need to discuss the causal social and political mechanism that resulted in crisis, to document the impact of crisis, and to engage in public discourse.

We want to narrow the discussion to children and adolescents. To date, there is reliable data only regarding the impact of the 2008/2009 economic crisis on the well-being of children and adolescents. Beyond that, reduced scope research on crisis-induced effects on children and adolescents is a desideratum, not only because this group is seen as especially vulnerable. Furthermore, a genuine perspective of children and adolescents is not available, neither about the changes in their living conditions or about the change in perception of public discourse on

crisis, future expectations or the cohesion in societies which children and adolescents may articulate.

Focus of contributions

It is obvious that the debate on crisis needs to consider the set of challenges crisis research is confronted with.

Firstly, crises are very material in their consequences. This is most obvious in the impact of the 2008/2009 crisis on Greece. The Greek government reacted with an austerity policy which had dramatic consequences for well-being and health, especially of the poor. The short-term impact of healthcare privatization, for example, was a decrease in mental health and an increase in the suicide rate, child mortality and still-births. What does this mean? It means that crises are material in their consequences. Yet at the same time, the term crisis is a means to force interest. It highlights topics, generates attention, and demands that the discourse on crisis be considered. Which topic is framed within crisis rhetoric and who are the addressees of the crisis diagnosis?

Here is an example of why the discourse is relevant: The inhuman conditions under which many people in Asia and Africa live *are not crisis-framed* because the crisis diagnoses always aim at a particular audience and a certain order that is perceived as threatened. Hunger in Africa could be referred to as a crisis, as a deviation of the norm on a global scale, but it is not. We are provided with material conditions that would allow us to refer to them as a crisis, but we do not. And we find a crisis discourse that frames topics in rhetoric which lack a material crisis. The obvious reason is that it requires political or social power to put certain topics on the political agenda. And that explains the lack of a perspective that takes into account those affected by misery and exclusion.

Secondly, the case of Greece tells us that there is no *immediate* impact made by crisis. What we saw in Greece was a specific political reaction to an economic crisis, namely austerity politics. Selling austerity politics as a necessary reaction to the economic crisis is itself a political strategy that needs to be challenged. For crisis analysis this means the need to *analytically separate the crisis, state policies as a reaction to it and the impact of crisis*. The analysis of crisis is therefore confronted with a series of challenging tasks. The crisis-framed social system must be considered. Then, political practice and rhetoric in response to the crisis must be analyzed in order to be able to judge the appropriateness of the political means that were applied in reaction to the crisis.

Thirdly, it seems promising to focus crisis research on the subjects: on capabilities, attitudes and dispositions of individuals. As individual dispositions are shaped by the social

circumstances in which people live, research mediates societal changes and individual characteristics. Furthermore, this will allow us to analyze how subjects process social changes.

A reflexive crisis research needs to objectify crisis and to analyze *what* is referred to as crisis by *whom*, *how*, *for what purposes* and with *which* implicit or explicit solutions. Which order is considered to be threatened? In this view, crisis is then neither material *nor* constructed, but the analysis must focus on the process of how crisis is constituted as a material fact.

Objective of the book and call for proposals

We invite scholars, practitioners and members of NGOs from different fields to contribute articles to reflect the diversity of the current discussion on crises. The articles can take up the perspectives we have sketched above and may focus on economic crises, but we explicitly invite articles which go beyond that scope and topic. We ask the contributors to link their reflection of crisis/crises to the living conditions, attitudes, life patterns etc. of children. This focus is chosen because it touches upon a sensitive aspect of the debate: the question of the concrete social impact of crises and the question of how crisis affects the social integration of this group and the attitudes it holds.

We ask for articles with a maximum length of 40.000-50.000 characters which should be submitted by 31st January 2018.

Researchers are invited to submit a 300-500 word proposal outlining the content and aims of their chapter on or before 1st October 2017. Authors will be notified of their acceptance by 20th October 2017.

Submissions and inquiries should be sent to Marc Grimm (marc.grimm@uni-bielefeld.de) and Baris Ertugrul (baris.ertugrul@uni-bielefeld.de).

Editors:

Marc Grimm, Dipl. Pol., is an academic researcher at the Centre for Prevention and Intervention in Childhood and Adolescence (CPI) at Bielefeld University.

Ullrich Bauer is a professor at Bielefeld University, Germany, where he also heads the Department of Socialization Research and the CPI.

Baris Ertugrul, B.A., is an assistant at the Centre for Prevention and Intervention in Childhood and Adolescence (CPI) at Bielefeld University.